

## **# Kürzt uns nicht weg: Aktionswoche Freiwilligendienste 18. - 22.9.2023**

**Die drohenden Kürzungen bei den Freiwilligendiensten haben Freiwillige und Verbände zur der Aktionswoche Mitte September unter dem Motto „Freiwilligendienste stärken“ veranlasst. Neben einer Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestags am 18.9. trieb es am 20.9. ca. 1.500 junge Menschen auf die Straße. Sie werfen der Politik vor in Krisenzeiten beim Engagement zu sparen.**

Mit einer Demonstration im Regierungsviertel haben aktuelle und ehemalige Freiwilligendienstleistende unterstützt von ihren Trägern und Einsatzstellen, auch aus Kirche und Diakonie, am 20.9. in Berlin gegen die drohenden Kürzungen protestiert. Unter dem Motto: "Kürzt uns nicht weg" forderten sie die Regierung auf, die Freiwilligendienste wie im Koalitionsvertrag vorgesehen weiterzuentwickeln, statt ein Drittel der Plätze zu gefährden.

Marie Beimen die ihr Freiwilliges Soziales Jahr in einem Krankenhaus absolviert hat und zum Gesicht der Kampagne "Freiwilligendienste stärken" wurde, nannte es bei der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor "komplett unverständlich", dass die Regierung 35.000 Freiwilligenplätze wegekürzen wolle. Die Einsparungen stünden in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den sie anrichteten: "Wir entlasten die völlig überarbeiteten Fachkräfte", sagte Beimen. Freiwillige engagierten sich für andere Menschen und den sozialen Zusammenhalt.

Die 19-Jährige hatte für eine Petition in kurzer Zeit 100.000 Unterschriften gesammelt und war Anfang der Woche im Bundestag angehört worden. Die Kampagne für Freiwilligendienste fordert eine Verdoppelung des Taschengeldes auf gut 900 € / Monat und Freifahrten mit ÖPNV und DB um kostenfrei auch an ihren Engagementort kommen. Nur so könnten sich auch Jugendliche / junge Erwachsene mit weniger Geld den Freiwilligendienst leisten sowie mehr Plätze finanziert werden – und der Diversitäts- und Vielfaltsanspruch realisiert werden.

In den kommenden beiden Jahren will die Koalition aus SPD, Grünen und FDP demgegenüber die Mittel um insgesamt 113 Millionen Euro kürzen, um die Sparvorgaben für den Bundeshaushalt zu erfüllen. Das entspricht jeweils einem Drittel der Ausgaben für das Freiwillige Soziale Jahr und das Freiwillige Ökologische Jahr für junge Menschen, den Bundesfreiwilligendienst und internationale Dienstformate. Pro Jahrgang leisten insgesamt rund 100.000 Menschen einen Freiwilligendienst. Nach Angaben der Diakonie droht jede dritte bis vierte Freiwilligenstelle wegzufallen.

Die Vorständin der evangelischen Stephanus-Stiftung, Ellen Ueberschär, kritisierte, die Kürzungen machten den Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Makulatur. Die Ampel-Parteien hatten vereinbart, die Freiwilligendienste nachfragegerecht auszubauen. "Weg mit den Kürzungen!", verlangte Ueberschär – was auch mit der Forderung der Diakonie Deutschland „Wer heute kürzt, zahlt morgen drauf“ übereinstimmt.

Zu der Kundgebung für die Freiwilligendienste hatten alle bundesweiten Zentralstellen mit ihren regionalen Trägern aufgerufen: Hierunter unter anderem auch die für Brandenburg und Berlin verantwortlichen Träger der Diakonie sowie die Freiwilligendienstleistenden rund um die Kampagne "Freiwilligendienste stärken".

Im Rahmen der Kundgebungen am Potsdamer Platz, vor dem Bundesfinanzministerium, vor dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Familie, Frauen und Jugend sowie vor dem Brandenburger Tor solidarisierten sich Mitglieder des Bundestags (MdB) als für Engagement zuständige Politiker\*innen mit den Intentionen und Zielen der jungen Menschen und der Verbände sowie deren Einrichtungen und Träger.